

**abgeschlossen am
22. Mai 2003**

	<u>Seite</u>
1. Steuersenkungspaket kurz vor der Verabschiedung	1
2. Nato-Erweiterung ratifiziert	2
3. Auswärtiger Ausschuss verabschiedet Zusatz zum Nahost-Friedensprozess	3
4. Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes erforderlich	4
5. Repräsentantenhaus für verstärkte Bekämpfung des HIV-Virus	4
6. Repräsentantenhaus für Förderung der Nanotechnologie	5
7. Verlängerung des Verbots des Besitzes automatischer Waffen umstritten	6
8. Präsidentschaftswahlen: Bush bewirbt sich um eine zweite Amtsperiode	7

5/2003

1. Steuersenkungspaket kurz vor der Verabschiedung

Dem Vernehmen nach sollen sich die Verhandlungsführer der republikanischen Mehrheitsfraktionen in Repräsentantenhaus und Senat auf ein Steuerreformpaket geeinigt haben, das Steuererleichterungen in Höhe von 318 Mrd. USD während eines Zeitraums von zehn Jahren vorsieht. Präsident Bush hatte ursprünglich Steuerkürzungen in Höhe von 726 Mrd. USD anvisiert.

Der Senat hatte am 15. Mai 2003 eine Steuersenkungsvorlage der Republikaner mit knapper Mehrheit angenommen. In einer überraschenden Wendung wurde dabei die von Präsident Bush geforderte Abschaffung der Doppelbesteuerung von Dividenden in das Gesetzespaket aufgenommen, obwohl die Steuerreform die im Senat vereinbarte Kostengrenze von 350 Mrd. USD eigentlich nicht überschreiten soll (vgl. CR 4/2003, S. 3).

Für den republikanischen Gesetzentwurf stimmten 51 Senatoren, dagegen 49. Neben den Demokraten Zell Miller (Ga.) und Evan Bayh (Ind.) stimmte auch Ben Nelson (Neb.) für die Steuersenkungsvorlage, nachdem Bundesbeihilfen für die Einzelstaaten in Höhe von 20 Mrd. USD in das Paket aufgenommen worden waren.

Drei republikanische Senatoren, Lincoln D. Chafee (R.I.), John McCain (Ariz.) und Olympia Snowe (Maine) sowie der parteilose Jim Jeffords (I-Vt.) wandten sich zusammen mit der Mehrheit der demokratischen Fraktion gegen die Annahme des Reformpakets.

Die Senatsvorlage sieht insbesondere vor,

- die Abschaffung der Doppelbesteuerung von Dividenden bis 2005 zeitlich zu staffeln und ab 2007 wieder zu suspendieren;
- die Steuererleichterungen für Verheiratete (*marriage tax penalty*) im Jahr 2006 wieder auszusetzen.

Kritiker hielten den Republikanern aufgrund dieser Bestimmungen eine unverantwortliche Steuerpolitik nach dem "Jojo-Prinzip" vor. Doch das Kalkül der Republikaner scheint darauf abzuzielen, dass Steuersenkungen, wenn sie erst einmal beschlossen sind, 2006 bzw. 2007 politisch nicht wieder so einfach auszusetzen sind.

Die Senatsvorlage stieß bei der republikanischen Parteiführung des Repräsentantenhauses zunächst auf erhebliche Skepsis, denn die Kammer hatte noch im April 2003 Steuerentlastungen mit einem Gesamtvolumen von 550 Mrd. USD während eines Zeitraumes von 10 Jahren beschlossen.

Die mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit vom Repräsentantenhaus dann Anfang Mai 2003 verabschiedete Reformvorlage sprach sich zudem dafür aus, die Dividendenbesteuerung für die nächsten zehn Jahre auf 15 Prozent (5 Prozent für Bezie-

her niedriger Einkommen) abzusenken und den Steuersatz für Veräußerungsgewinne aus Kapitalanlagen (*capital gains tax*) ebenfalls zu verringern.

Auf Druck der Administration und angesichts der harten Haltung der republikanischen Senatoren, die an der Entlastungsobergrenze von 350 Mrd. USD festhielten, lenkten die Unterhändler des Repräsentantenhauses schließlich ein und signalisierten ihre Bereitschaft, die Rahmenvorgaben des Senats zu akzeptieren.

Damit war der Weg für die Verabschiedung eines Steuerkompromisses frei. Ungeachtet der nominellen Halbierung des von der Administration ursprünglich geforderten Entlastungsvolumens stellt der Kompromiss einen wichtigen Sieg für Präsident Bush dar.

Freilich vertagt die Gesetzesvorlage des Senats nur die schwierige Wahl zwischen Steuererleichterungen und drastisch ansteigenden Budgetdefiziten, beziehungsweise einschneidenden Ausgabenkürzungen auf die Zukunft. Auch ist die erhoffte Fortschreibung der Absenkung der Dividendenbesteuerung über das Jahr 2007 hinaus angesichts der prognostizierten Verschlechterung der Haushaltslage politisch keineswegs unproblematisch.

2. NATO-Erweiterung ratifiziert

Der Senat hat am 8. Mai 2003 mit überwältigender Mehrheit die Erweiterung der NATO um Lettland, Litauen, Estland, Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei ratifiziert. Das Ergebnis der Abstimmung, der lediglich die Senatoren Kennedy (D-Mass.), Lieberman (D-Conn.), Carper (D-Del.) und Murkowski (R-Alaska) fern blieben, lag mit 96:0 weit über der in der amerikanischen Verfassung festgelegten Zweidrittel-Mehrheit für die Ratifikation Auswärtiger Verträge.

Die Befürworter der NATO-Erweiterung in beiden Parteien wiesen darauf hin, dass mit der Erweiterung des Nordatlantikvertrags auf nunmehr 26 Vertragsparteien ein wichtiger Schritt im weltweiten Kampf gegen den internationalen Terrorismus gemacht wird.

Der überparteiliche Konsens in der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder in die Allianz kann freilich die Skepsis im Congress gegenüber einigen alten Mitgliedern des Bündnisses und seines Werts als Führungsinstrument der USA kaum verhüllen. „Wir sollten keine Organisation mit neuem Leben erfüllen“, so der Republikaner Dana Rohrabacher (D-Cal.), „die die Erlaubnis Frankreichs, Deutschlands und Belgiens zum Handeln braucht.“ Gemeint ist jene Gruppe von NATO-Vertragsparteien, die sich im Vorfeld des Irak-Krieges offen gegen die Bush-Administration gestellt hatte.

Um so mehr beeilten sich die Befürworter der NATO-Erweiterung darauf hinzuweisen, dass die neuen Vertragsparteien den Präventivkrieg der USA gegen den Irak politisch unterstützt hatten.

Die damit verbundene Botschaft ist klar: Mit der Aufnahme der sieben neuen Vertragsparteien vergrößert sich perspektivisch auch der Kreis für jene „coalitions of the willing“, die bereit sind, dem Führungsanspruch der USA in der Allianz in der Zukunft ohne Wenn und Aber zu folgen.

3. Auswärtiger Ausschuss verabschiedet Zusatz zum Nahost-Friedensprozess

Das *International Relations Committee* im Repräsentantenhaus hat am 7. Mai 2003 unter der Führung seines Vorsitzenden Henry J. Hyde (R-Ill.) einen Zusatz zum Friedensprozess im Nahen Osten verabschiedet, der zum Ausdruck bringt

- dass jedes Zugeständnis Israels gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde zwingend das Ende sämtlicher terroristischer Aktivitäten und die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft durch die Palästinenser zur Voraussetzung hat.

Die Entscheidung, die in nicht-namentlicher Abstimmung im Rahmen der Verabschiedung des Genehmigungsgesetzes 2004-2005 für die Arbeit des Außenministeriums (*State Department Authorization Bill*) getroffen wurde, bringt zudem die Auffassung des Ausschusses zum Ausdruck, dass Jerusalem als Hauptstadt Israels zu gelten hat.

Damit, so der Ausschussvorsitzende, soll „ein politisches Signal des Repräsentenhauses gesendet werden, dass nicht ignoriert werden kann.“ Es richtet sich wohl in erster Linie an die Bush-Administration, die nach dem Irak-Krieg ihre Bemühungen um eine Friedenslösung zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde intensiviert hat.

So versteht Tom Lantos (D-Cal.) den Vorstoß seines Ausschusses als Bemühen darum, die Vermittlungsposition des amerikanischen Präsidenten im Friedensprozess zu stärken. Der verabschiedete Zusatz, so der führende Demokrat im Ausschuss „bezeichnet einen rationalen und konstruktiven Pfad für die Zukunft.“ Gleichzeitig beeilte sich Lantos festzustellen, dass gut 300 Mitglieder des Repräsentantenhauses die Entscheidung des Ausschusses begrüßen und unterstützen.

Damit verbunden ist eine unausgesprochene Drohung: Das Repräsentantenhaus könnte im Rahmen der Auslandshilfepflichtung die finanzielle Unterstützung für einen perspektivisch zu schaffenden autonomen palästinensischen Staat empfindlich behindern. Zwar bemühten sich sowohl die Administration als auch Mitglieder des Ausschusses wie Doug Bereuter (R-Neb.) oder Tom Lantos die politische Bedeutung der Entscheidung herunterzuspielen. Dass gleichwohl ein erhebliches Konfliktpotential angelegt ist, machte Jim Kolbe (R-Ariz.), der Vorsitzende des Bewilligungsunteraus-

schusses für die Auslandshilfe im Repräsentantenhaus deutlich, der im Zuge der Entscheidung des *International Relations Committee* unterstrich, dass jeder Friedensplan für den Nahen Osten „ausgeglichen“ (balanced) sein müsse.

4. Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes erforderlich

Vertreter der Bush-Administration haben Mitte Mai 2003 den Senat nachdrücklich aufgefordert, umgehend einer Erhöhung der Obergrenze für die Verschuldung des Bundes auf 6,4 Billionen USD zuzustimmen.

Während das Repräsentantenhaus einer Erhöhung der Schuldengrenze bereits im Zuge der Haushaltsgesetzgebung zugestimmt hat (vgl. CR 4/2003, S. 1), steht eine Entscheidung des Senats noch aus.

In Folge des Fehlens einer gesetzlichen Grundlage für die Neuaufnahme von Krediten hat das Finanzministerium die Suspendierung des Verkaufs von Bundesschuldtiteln zum Ende des Monats Mai in Aussicht gestellt. Neben einer Verunsicherung der Finanzmärkte droht damit die Aussetzung von anstehenden Zahlungen des Bundes, die unter anderem Steuerrückzahlungen und Renten betreffen könnten.

Der Senat will das Thema noch vor der Sitzungspause um den *Memorial Day* behandeln. Die zögerliche Haltung erklärt sich vor allem durch die Höhe des zusätzlichen geforderten Kreditrahmens, der mit 694 Mrd. USD einen neuen Rekord darstellt.

Vor allem für die Republikaner ist die damit verbundene explizite Ausweisung der kumulativen Effekte steigender Haushaltsdefizite gegenwärtig politisch heikel. Die republikanische Führung im Senat hat sich dementsprechend dagegen gewehrt, eine von den Demokraten möglichst am gleichen Tag angestrebte Abstimmung über Steuerersenkungen einerseits und die Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes andererseits vorzusehen.

Die Demokraten im Senat wollten außerdem durchsetzen, dass die Schuldengrenze in mehreren Schritten erhöht wird. Damit hätte sich den Demokraten die Möglichkeit eröffnet, die Haushaltspolitik Präsident Bushs mehrfach öffentlichkeitswirksam zu kritisieren. Der republikanischen Mehrheit im Senat ist es jedoch gelungen, die von Demokraten vorgelegten Änderungsanträge abzuwehren.

5. Repräsentantenhaus für verstärkte Bekämpfung des HIV-Virus

Das Repräsentantenhaus hat sich am 1. Mai 2003 mit 375:41 Stimmen dafür ausgesprochen, ein Programm aufzulegen, dass der weltweiten Bekämpfung des HIV-Virus dienen und mit Mitteln von bis zu 15 Mrd. USD ausgestattet werden soll. Es folgt da-

mit einer Initiative der Bush-Administration, die darauf drängt den Kampf gegen das Virus zu verstärken, an dem nach Angaben des Präsidenten allein in den letzten drei Monaten mehr als 750.000 Menschen weltweit gestorben sind.

Die Genehmigungsvorlage des Repräsentantenhauses sieht u.a. vor,

- die Präventionsmaßnahmen deutlich zu erhöhen;
- die Position eines HIV/AIDS-Koordinators im Außenministerium einzurichten, der alle diesbezüglichen Programme koordinieren und der Bestätigung durch den Senat unterliegen soll;
- jene Internationalen Organisationen finanziell zu unterstützen, die sich weltweit um die HIV-, Malaria- und Tuberkulose-Bekämpfung bemühen.

Nun muss noch der Senat entscheiden, in dem die religiöse Rechte allerdings sämtlichen Familienplanungs-, Verhütungs- und Aufklärungsprogrammen im Rahmen internationaler Organisationen traditionell ablehnend gegenüber steht.

6. Repräsentantenhaus für Förderung der Nanotechnologie

Das Repräsentantenhaus hat am 7. Mai 2003 mit 405:19 Stimmen

- die Bereitstellung von 2,4 Mrd. USD zur verstärkten Förderung der Entwicklung der Nanotechnologie beschlossen.

Dabei handelt es sich um die Entwicklung von extrem kleinen, auf atomarer oder molekularer Ebene einsetzbaren Gegenständen, die gerade auch im medizinischen Bereich große Anwendungsmöglichkeiten haben.

Die Nanotechnologie stellt in den Augen der Befürworter der Gesetzesinitiative den Schlüssel nicht nur für den technologischen Fortschritt, sondern auch für die wirtschaftliche Wohlfahrt der Zukunft dar.

Nach Einschätzung der *National Science Foundation* ist die Nanotechnologie eine Schlüsseltechnologie mit so großem wirtschaftlichen Potenzial, dass bereits bis zum Jahr 2015 ein Markt mit einem Größenumfang von 1 Billion US-Dollar entstehen könnte.

Befürworter der verstärkten Forschungsförderung, die teilweise auch der besseren Koordination zwischen den bisher mit Nanotechnologie beschäftigten nationalen Forschungseinrichtungen zugute kommen soll, befürchten, dass die USA ansonsten in diesem Bereich gegenüber ihren europäischen und asiatischen Konkurrenten wie Japan, Deutschland, der VR China und Großbritannien schnell an Boden verlieren und nicht mehr wettbewerbsfähig sein könnten.

7. Verlängerung des Verbots des Besitzes automatischer Waffen umstritten

Das Auslaufen des Verbots des privaten Besitzes von automatischen und halb-automatischen Schusswaffen im kommenden Jahr hat im Congress eine Kontroverse um die Fortschreibung des 1994 verabschiedeten Gesetzes entfacht, die beide Parteien in eine schwierige Situation bringt.

Vor allem demokratische Abgeordnete und Senatoren aus den Oststaaten der USA drängen darauf, die Verlängerung des unter ihren Wählern populären Waffenverbotes möglichst schnell auf die Tagesordnung des Congress zu setzen.

Formell können sie sich dabei auf die Unterstützung Präsident Bushs berufen, der ungeachtet der Ablehnung des Waffenverbots durch die einflussreiche *National Rifle Association* (NRA) eine Verlängerung des Gesetzes unterstützt.

Konservative Republikaner haben jedoch insbesondere im Repräsentantenhaus ihre Ablehnung einer Fortschreibung des Verbots deutlich gemacht und wollen mit aller Macht verhindern, dass ein entsprechender Gesetzentwurf überhaupt zur Abstimmung kommt.

Der republikanische Fraktionsführer im Repräsentantenhaus, *House Majority Leader* Tom Delay (R-Tx.), erklärte Mitte Mai 2003, dass eine Neubehandlung des Waffenverbots nicht die Zustimmung der Mehrheit der Kammer fände. Deswegen wolle er entsprechende Gesetzesvorlagen nicht zur Debatte im Plenum zulassen.

Dem widersprach allerdings *Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.), der sich überraschend öffentlich gegen seine Kollegen in der Fraktionsführung stellte. Hastert erklärte, er werde über die Waffenverbotsdebatte erst nach Rücksprache mit Präsident Bush entscheiden.

Während sich die Administration zunächst bedeckt hielt und durch ihren Pressesprecher Ari Fleischer verlauten ließ, der Congress entscheide selbst über seine Tagesordnung, drängen Befürworter einer Fortsetzung des Waffenverbots den Präsidenten zu einem härteren Auftreten.

Auf demokratischer Seite stößt das Wiederaufflackern der hoch emotionalen Debatte um Einschränkungen des privaten Waffenbesitzes, der von vielen Amerikanern als ein durch die Verfassung garantiertes Grundrecht angesehen wird, jedoch keineswegs ungeteilt auf positive Reaktionen.

Demokraten aus den westlichen Staaten und ländlichen Regionen fürchten, dass ein Votum für eine Fortschreibung des Waffenverbots sie in den Wahlen 2004 viele Stimmen kosten könnte. Sie verweisen auf den Verlust der Mehrheit im Congress 1994 und die Niederlage Al Gores in den Präsidentschaftswahlen 2000, für die nicht unwe-

sentlich die Positionen der Demokratischen Partei in der Frage der Einschränkung des Waffenbesitzes verantwortlich gemacht wurden.

8. Präsidentschaftswahlen: Bush bewirbt sich um eine zweite Amtsperiode

Präsident George Bush hat sich am 16. Mai 2003 bei der *Federal Election Commission* (FEC), der Wahlaufsichtsbehörde des Bundes, offiziell als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2004 registrieren lassen.

Vizepräsident Dick Cheney hatte bereits wenige Tage zuvor mitgeteilt, das er für eine zweite Amtszeit zur Verfügung steht.

Die Registrierung als Kandidat erlaubt es dem Präsidenten, mit der Einwerbung von Spenden und der Verausgabung von Wahlkampfmitteln zu beginnen. Bush, der im republikanischen Vorwahlkampf ohne Gegenkandidat antritt, will sich nicht um staatliche Wahlkampffzuschüsse bemühen, um nicht an die damit verknüpften Ausgabenbegrenzungen gebunden zu sein.

Während Bush unangefochten scheint, bemühen sich die demokratischen Bewerber gegenwärtig, ihre Kritik an der Politik der Administration zuzuspitzen und sich mit eigenen Programmanschlägen zu profilieren.

Dabei waren die Vorwahlkampfauftritte der Demokraten im April und Mai 2003 unter den Vorzeichen des Irak-Krieges von internen Streitigkeiten um die Außen- und Sicherheitspolitik der USA gekennzeichnet und fanden nur geringen öffentlichen Wiederhall.

Als erster der führenden Kandidaten hat Dick Gephardt, Abgeordneter aus Missouri und früherer Fraktionsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus, Ende April versucht, sich mit der Vorstellung eines Vorschlags zur umfassenden Reform des Gesundheitssystems von den innerparteilichen Zwistigkeiten zu lösen und seinen Wahlkampf auf die Politik der Bush-Administration auszurichten.

Gephardts Vorschlag zielt darauf, mit gesetzlichen Auflagen und zusätzlichen Subventionen des Bundes den Anteil der nichtversicherten US-Bürger drastisch zu verringern und einer universellen Absicherung nahe zu kommen.

Das Konzept sieht vor, Arbeitgeber zur Versicherung ihrer Mitarbeiter zu verpflichten, die dafür im Gegenzug bundesstaatliche Unterstützungsleistungen erhalten sollen. Die Kosten des Reformplans werden von Gephardts Team auf zunächst 200 bis 250 Mrd. USD pro Jahr geschätzt.

Zur Finanzierung des kostenintensiven Vorschlags, der neben der Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes auch Hilfen bei der Bewältigung der deutlich gestiege-

nen Gesundheitskosten bieten soll, will Gephardt die von den Republikanern durchgesetzten Steuerkürzungen wieder zurücknehmen.

Gephardt betonte, sein Vorschlag würde nicht nur dem Gesundheitssystem zu Gute kommen, sondern eröffne auch eine echte Alternative zu Bushs Versuchen, die Wirtschaft mit Steuersenkungen zu stimulieren, wovon meistens die oberen Einkommensgruppen profitieren würden.

Obwohl Gephardts innerparteiliche Konkurrenten größtenteils kritisch auf den Vorstoß reagierten und vor allem die damit verbundenen Kosten als unrealistisch bezeichneten, löste die Initiative dennoch eine intensive Programmdebatte aus.

Howard Dean, Gouverneur von Vermont, verwies auf sein Konzept zur Reform des Gesundheitssystems, das darauf abzielt, das Bundesversicherungsprogramm für Kinder und Jugendliche auszubauen und untere Einkommensgruppen mit Steuersubventionen zu entlasten. Dean geht davon aus, dass sein Reformplan nur halb so viel wie der Gephardts kosten würde, räumt allerdings ein, dass auch die Reichweite geringer sein dürfte.

Senator John Kerry, ein weiterer Bewerber um die Nominierung für die demokratische Präsidentschaftskandidatur, legte ein Reformkonzept vor, das darauf abzielt, Krankenversicherungen durch eine Begrenzung des Kostenrisikos für Unternehmen billiger zu machen und damit zu steigenden Versichertenzahlen führen soll. Die Kosten des Vorschlags bezifferte Kerrys Team auf ca. 80 Mrd. USD pro Jahr.

Dennis Kucinich, Abgeordneter aus Ohio, will durch eine schrittweise Öffnung von Medicare ein universelles Krankenversicherungssystem unter staatlicher Ägide einführen. Senator Joe Lieberman (Conn.) hat demgegenüber für den Sommer einen groß angelegten Plan angekündigt, die den Akzent auf die Verbesserung der Qualität der Gesundheitsversorgung legen soll.

Darüber bemühen sich die demokratischen Präsidentschaftsbewerber gegenwärtig darum, Bush neben den anhaltenden wirtschaftlichen Problemen Versäumnisse in der Bekämpfung des Terrorismus nachzuweisen.

Insbesondere Senator Bob Graham (Fla.), der frühere Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats, hat Präsident Bush vorgehalten, den Kampf gegen den Terrorismus zugunsten des Irak-Krieges vernachlässigt zu haben. Dies habe dem Terrornetzwerk Al Kaida eine Atempause verschafft und lasse klaffende Lücken in der Terrorismusabwehr befürchten.

Unterdessen hat der frühere Senator Gary Hart (Col.), der letzte der möglichen Bewerber um die demokratische Präsidentschaftsnominierung, seinen Verzicht auf eine Kandidatur erklärt. Damit bleibt es derzeit bei einer Gesamtzahl von neun demokratischen Bewerbern um die Nominierung für eine Präsidentschaftskandidatur 2004.